

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. Juni 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 Pfl., die fünfgepaltenen Zeile: Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamengenen 60 Pfl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 67

Der Parteikrieg und die Gewerkschaften

VIII.

Wir waren gezwungen, am 26. April diese Artikelserie zu unterbrechen. Der für die kurze Zeit bis zum Zusammentritt des Tarifausschusses außerordentliche Umfang der Ausdrücke nötigte dazu. Das ist an sich nicht angenehm gewesen, denn der Zusammenhang hört so auf. Andererseits kann man es aber nicht als direkten Fehler bezeichnen, denn so kommen wir nun besser dem Gewerkschaftskongress zu, auf dem ja diese unelbliche Materie eine große Rolle spielen wird. Es hat also auch in diesem Fall alles seine weiße Seiten.

Natürlich ist aber, eine kleine Einleitung zur zweiten Hälfte dieser Artikelserie, die kleiner sein wird als der erste Teil, zu geben, damit eine Orientierung über die bisherigen Ausführungen möglich ist. In Nr. 35 (3. April) wurde begonnen mit einem Rückblick auf die russische Revolution sowie die nachfolgende deutsche und die Stellungnahme des „Storr.“ dazu in Wiederholung zusammengelacht. Dann landeten die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Revolution Beprechung und das systematisierte Festhalten gegen die Gewerkschaften, wie es schon länger aus dem Kampfe der politischen Arbeiterparteien untereinander zurückzuführen, kurze Andeutung. Darauf wurde in Nr. 36 der Generalkrieg und die Diktatur des Proletariats kritisch behandelt und im Anschlusse die Haltung der Buchdrucker dazu beleuchtet. In Nr. 40 haben wir der gewerkschaftlichen Neutralität ein großes Kapitel gewidmet und dabei dargelegt, daß jetzt mehr denn je die parteipolitische Neutralität in den Gewerkschaften und der Parteien gegenüber den Gewerkschaften der Drehpunkt ist. Das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ist dann in Nr. 45 besprochen worden in geschichtlicher Folge bis 1914. Das bezog sich auf die Sozialdemokratische Partei. Eine Untersuchung, wie die beiden anderen Parteien, die aus der Sozialdemokratie hervorgegangen sind — die bürgerlichen unter ihren alten Namen wie unter ihren neuen Firmenschildern haben es nie zu größeren Einwirkungen auf die Gewerkschaften bringen können, auch nicht das Zentrum mit seiner wohlberedelten Auffassung von der Neutralität —, konnte nicht mehr stattfinden. Am 26. April haben wir dann diese Abhandlung aus den schon erläuterten Gründen unterbrechen müssen. Die Betrachtungen in unserm letzten Artikel endeten mit der Feststellung des Verhältnisses der Sozialdemokratie zu den Gewerkschaften bis zum Stande der Dinge vor Ausbruch des Krieges: die Gleichberechtigung war erstritten, die Selbstständigkeit der Gewerkschaftsbewegung anerkannt, die Generalkommission nicht mehr als der sozialdemokratischen Parteileitung botmäßig angelesen.

Es wird sich auch im weiteren um objektive Aufklärung handeln, denn mit den polemischen Manieren, wie sie jetzt in der politischen Arbeiterbewegung üblich sind, kann man der Sache nicht bekommen. Doch wird auch mit der Meinung nicht zurückgehalten werden, wo es im Interesse der Gewerkschaften geboten erscheint. Das ist gerade in dem vorübergehenden Kapitel geschehen.

IX.

Die Tatsache des Parteikrieges als Ursache des Streites in den Gewerkschaften ist ebenfalls eine unbestreitbare Hypothese. Die Ursache des Parteikrieges aber wird abweichend gesehen werden. Wer die „Politik des 4. August“ als den Grund des ganzen Übels betrachtet, wie es Bernheim auf dem sozialdemokratischen Parteitag in der vorigen Woche wieder getan hat, akzeptiert damit ein Dogma, das heims ist, wohl aber ein Widerspruch in sich. Die sogenannte Politik des 4. August ist nämlich eine erst später gemachte Entfindung. Die erste Bewilligung der Kriegskredite hatte vorüberdem wenig Gegner, und die wohl nicht einmal uneingeschränkt, die weiteren Zustimmung zur Bestreitung der Kriegführung waren zunächst auch nur schwach durchschossen. Die Parteihäupter waren

demzufolge allzumal Sünder, oder sie sind frei von Schuld und Sünde zu sprechen. Daß von der Sozialdemokratie während der Kriegszeit manches hätte anders gemacht werden können, daß unter den Fraktionmitgliedern die Regierung mit ihrer Kriegspolitik zuweilen allzu autoritätsgläubig wirkte, sind Dinge, über die nicht gestritten zu werden braucht.

Den Widerstreit zwischen Radikalismus und Revisionismus zu vollem Austritte gebracht zu haben, das ist dem Kriege zuzuschreiben; aber auch nicht seinem Ausbruche, denn der hätte alle verdankt, sondern der über alles Erwarthen langen Dauer. Wäre die Kriegszeit in kurzer Zeit vorübergerast, würde die Opposition in der Sozialdemokratie nicht auf die „Kriegspolitik der Partei“ als Beweggrund gekommen sein. Daß von den bisherigen Radikalen und Revisionisten etwa die Plätze tauschen, ändert an der Sachlage nichts. Der Krieg hat mit diesen seinen Begleitumständen eben ein altes Leiden zu sehr akutem Ausbruche gebracht. Die Spaltung von 1869 bis 1875 wurde ja auch nicht durch eine „Kriegspolitik“ verschuldet. Ein „Verrat an den Grundrissen der Partei“ ist während des Krieges 1870/71 nicht darin erblickt worden, daß die Mehrheit damals für Bewilligung der Kriegskredite war, indes Bebel und Liebknecht sich der Abstimmung enthielten. Mehring schreibt in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei, die preussische Regierung hätte „noch so viel auf dem Kerbholze haben können, hier war es Pflicht der Parteigenossen, hinter der Regierung zu stehen. Deutschland erkämpfte sich 70/71 die notwendige Existenz“. Also stelle man die „Kriegspolitik“ als unbrauchbare Waffe in die Ecke. Nach dem Kriege ist es gleich gar nichts damit. Fehl soll es die traurige Politik der Revolutionsregierung sein, und „Verrat am Sozialismus“ lautet das neue Stichwort.

Tatsache ist aber, daß schon vor dem Kriege mit dem Gedanken der Parteispaltung gespielt wurde; im Jahre 1913 hat der Linksunabhängige Geier (Water) in einer Leipziger Versammlung diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht, und zwar bei dem ganz andern Geblete der Steuerfragen. Wäre der Krieg nicht gekommen, hätte eben über kurz oder lang eine andre Ursache die Krisis ausgelöst.

Die Sozialdemokratische Partei ist schneller, als sie jemals gedacht, durch die Weltereignisse von ihrem negierenden Standpunkt auf einen aktiven Platz gedrängt worden. Das „glückliche Kinderland der Opposition“, wie Stamper einmal wieder mit einer famosen Feder in seinem Parteitagartikel für den „Vorwärts“ schrieb, wurde unfers Erachtens von der alten Partei schon mit Kriegsbeginn gezwungenermaßen verlassen. Aber es gefiel einem Teile doch besser in einem solchen Idyll, wo alles geradlinig auf Ablehnung und Verwerfung hinausläuft, und diese haben damals wie jetzt unter der sich langsam festigenden Herrschaft der sozialistischen Republik, „nachdem sie einen Blick hinter die Kulissen getan, sich erschrecken ins Paradies zurückgezogen, um dann seelenvergnügt auf dem allbewährten Hauschlüssel weiterzuspähen“ (Stamper). Der linke und der rechte Flügel der Sozialdemokratie sind auseinandergefallen in dem Augenblicke, wo Theorie und Praxis sich in größerem Maße vereinigen sollten!

Wir haben das immer als einen tragischen Fall angesehen und ihn schmerzhaft bedauert, weil uns gleich vor Augen stand, daß die Gewerkschaften von der Parteien Sach und Krieg nicht unberührt bleiben würden. Ganz anders als vor 50 Jahren bei dem Auseinandergehen und in späteren Perioden bei dem Abfalle von Gruppen und Grüppchen mußten die jetzt so großen zentralen Organisationsgebilden und wohlwollgerüsteten Einzelverbänden emporgewachsenen modernen Gewerkschaften in den Strudel mit hineingerissen werden. Die Kriegszeit hatte unfers Anders wohl zahlenmäßig stark reduziert, die Macht der Gewerkschaften war aber in beträchtlichem Maße gestiegen, weil die Regierung, wie im weiteren Verlauf auch die Unternehmer, sich zu vielen Konzessionen bequemten mühten unter dem Drucke der Verhältnisse, ohne daß die Waffe des Kampfes angewendet zu werden brauchte, soweit das nicht durch den Kriegszustand überhaupt ausgeschlossen

war. Es stand also zu erwarten, daß der Parteikrieg die Gewerkschaften erfassen würde. Nicht, weil deren Mitglieder darauf hinwirkten, sondern weil große und kleine politische Führer und Blätter unverantwortlich genug waren, den Parteikrieg hinauszutragen, wie der Kriegbrand auch weiter um sich griff. Da schon vor dem Kriege der politische Radikalismus in der Verbeugung zwischen Massen und Führern nicht unfähig geblieben war, so wurde dieses bewährte Rezept aus der Hausapotheke flugs wieder hervorgeholt. Und es wirkte mehr als früher, denn der Hunger ging um, und das Kriegselend wuchs von Monat zu Monat.

Alles, was ins Feld geführt wird: die „Kriegspolitik der Gewerkschaften“, die „Gewerkschaftspolitik“, die „Generalkommissionspolitik“, die „Inflanzpolitik“, das „Gewerkschaftsbongentum“, und wie zum Aufwiegen die falligen Lebenswürdigkeiten namentlich im vielseitigen Sprachgebrauche der „Leipziger Volkszeitung“ lauten, ist nur Vortäuschung. Jede politische Richtung oder Gruppe möchte die Gewerkschaften am Gängelbände haben. Je mehr Zerplitterung, desto mehr wird an den Gewerkschaften geserrt. Ob diese dadurch in der Erfüllung ihrer Aufgaben leiden, macht den Drahtziehern gar nichts aus; im Gegenteil, die von ihnen herbeigeführte Lähmung der gewerkschaftlichen Arbeit wird als willkommenes Erkennungszeichen betrachtet, um der Masse vorzumachen, die Gewerkschaftsleitungen hätten den Boden des Klassenkampfes verlassen, die Gewerkschaften seien durch ihre Schuld in den Sumpf geraten usw. Was die Generalkommission oder einzelne Gewerkschaftsvorstände in Wirklichkeit geleistet haben mögen während des Krieges, kann niemals zu solchen unqualifizierten Angriffen berechtigen. Das Maß der Sünden und Schwankungen ist meistens bei den unkritischen Verhimmeln der großen Menge viel größer und qualitativ weit schlimmer. Traurig genug, daß die Masse sich noch zu sehr von solchen Alpträumen täuschen und von derlei falschen Propheten verführen läßt. Mehr Selbstdenken und mehr Selbstbewußtsein beim einzelnen, dann hätten die oftmals recht skrupellosen Betreiber des Parteikrieges sich bei den Gewerkschaften gar schnell die Finger verbrannt.

X.

Die Haltung des Unternehmertums zu dem Zerstücklungsprozeß in der Arbeiterbewegung konnte natürlich nur hoffnungsvoll für die eigne Sache sein. Die Preisgabe der geschlossenen Front, das Durchwachen der Prinzipien, wo früher Dogmen galten, bot der Unternehmerschaft mehr Chancen, als sie mit ihrer Zerplitterungsstille bisher nur erisern erwarten konnte. Man war klug genug, das nicht allzuehr merken zu lassen, aber dann und wann war das Frohlocken doch nicht länger zu unterdrücken. So schrieb im August 1917 die „Deutsche Arbeiterbegehrzeitung“ durchaus nicht unzutreffend: „Wenn wir die heute umherflatternden sozialdemokratischen Welterparteien beobachten, so sehen wir, daß sie alle wie hungerrige Geier um ein gefallenes Tier, um den mitgliederleeren Körper der Gewerkschaften herumkreisen. Sier wollen sie sich alle niederlassen.“ An „Welterparteien“ gab es damals schon vier.

Als Glück im Unglück ist es zu bezeichnen, daß durch die Art des Kriegsausganges das Unternehmertum nicht mehr seine vollen Krämpfe in das falsche Kartenspiel des elenden Parteikrieges zu werfen vermag. Die Gewerkschaften und damit die werktätigen Arbeiter insgesamt könnten andernfalls jetzt etwas erleben vom Unternehmertum! Aber auch so wird, hauptsächlich nach dem Friedensschluß erst, der Arbeiterchaft manche Gelegenheit ungenutzt vorübergehen. Man muß sich ja selbst die Fenster einwerfen!

Es könnte wahrlich nichts schaden, wenn die Arbeiter und mit ihnen die jetzt nun auch gewerkschaftlich aufstrebenden Angestellten sich eindringlicher vor Augen führen, daß die Stärke des Kapitals in seiner durch keinerlei parteipolitische Einflüsse eingebogenen Front den Arbeitnehmern gegenüber beruht.

Ausbau der Invaliden- und Altersversicherung

... Und ist erst dem deutschen Volke der Frieden wieder gegeben, so wird die Parole der Friedensarbeit für die Arbeiterklasse und alle sozial empfindenden bürgerlichen Kreise lauten: Mit allen Kräften vorwärts auf der Bahn der Sozialpolitik!

Durch die Presse ging vor einiger Zeit eine Note, nach welcher der österreichische Staatssekretär für die soziale Verwaltung, Sonnich, in der Wiener Nationalversammlung einen Gehelntwurf einbrachte, worin für ein Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungsgesetz ein Kredit von 360 bis 380 Millionen Kronen verlangt wird. Da ein ähnliches Gesetz in Deutschland noch nicht besteht, so trägt der Gehelntwurf vorläufig einen provisorischen Charakter. Welche Stellung hat nun die deutsche Arbeiterklasse zu dieser Leistungsnote einzunehmen? Da gibt es wohl nur eine Antwort: Es muß der Ausbau des im Jahre 1889 in Kraft getretenen, jetzt aber trotz seiner mehrmaligen Verbesserungen natürlich völlig veralteten Invaliden- usw. Gesetzes mit allem Nachdrucke verlangt werden! Die Revolution hat das Verlangen des Arbeiters nach höherer Bewertung seiner Menschenswürde verstärkt. Und in dem nun durch die Umwälzung geschaffenen neuen Freistaate Deutschland darf es kein Hindernis mehr geben, um den Arbeiter politisch und wirtschaftlich auf die Höhe zu erheben, auf den früher nur ein kleiner Teil sich selbstberichtlich stellte.

Der Ausbau der gesamten sozialen Fürsorgegesetze, den Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechend, ist eng verbunden mit den Forderungen aus Regelung der Arbeitszeit und der Lohnverhältnisse. In der ersten Woche des Juli findet in Nürnberg der Gewerkschaftskongress statt, und zu diesem hat die Nürnberger Mitgliebschaft einen Antrag auf Ausbau der Invaliden- usw. Gesetze gestellt. Die Veranlassung, die den Antrag schickte, brachte zum Ausdruck, daß ein Ausbau nicht wieder in dem früher in Deutschland üblichen Formen vor sich gehen dürfe, daß man z. B. den Rentnern eine „Teuerungszulage“ von einigen Mark monatlich bewillige, die möglichst zu gering ist. Es darf unter keinen Umständen der Fall mehr sein, daß die Herren Ministerialreferenten mit ihrem alten Amtschimmel gegen Neuerungen, die „nur“ für Arbeiter gelten, anreisen. „Am Gotteswillen, jetzt haben wir kein Geld!“ Im Freistaate Deutschland darf für den Arbeiter Geld da sein, im Reichsparlament darf es hauptsächlich nur Ausgaben geben, die für Schuldenstilgung, Kriegszinsen und für die einzelnen Ministerialreferenten unbedingt notwendig sind, und da wiederum muß mit in erster Linie das Ministerium für soziale Fürsorge über reichliche Geldmittel verfügen. Ein großer Teil von dem, was man früher für See und Flotte bewilligte, muß jetzt für dieses Ministerium bereitgestellt werden. Der deutsche Arbeiter, ganz gleich ob er Kopf- oder Handarbeiter ist, und seine Witwen und Waisen dürfen nicht bei Arbeitsunfähigkeit usw., die durch den Krieg mit seinen üblen Begleiterscheinungen vermehrt wird, der öffentlichen Fürsorge, was gleichbedeutend mit dem Tode ist, preisgegeben werden. In allen Kulturländern hat man bisher für Arbeitnehmer im Staats- oder Kommunaldienste gesorgt; eine Selbstverständlichkeit, die man aber bei Arbeitnehmern der Privatindustrie nicht kennt. Es wird trotzdem auch jetzt noch Volkserbittere geben, die ein solches Verlangen einfach für unerfüllbar halten; deshalb was mit ihnen und sozial denkende Leute an ihre Stelle. Wir leben jetzt im Jahre 1919!

Undenoch beschränkter Raum des „Sorr.“ nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen, lassen wir — ohne weitere Begründung — nur den Antrag und dessen Peilsätze hier folgen. An die Form, in die der Antrag gekleidet, sollte man sich nicht kümmern, da es doch auf die Forderung in erster Linie ankommt. Auch der Einwand wäre nicht stichhaltig, daß Forderungen auf den Ausbau wohl schon von andern Kreisen, und vielleicht sogar wirkungsvoller, gestellt wurden. Wenn zugegeben, aber die Reichsregierung hat bisher noch keinen Gehelntwurf auf Umgestaltung der sozialen Fürsorgegesetze eingebracht, und darauf kommt es wohl in erster Linie an. Der Antrag der Nürnberger Mitgliebschaft lautet: „Die Invaliden- und Altersversicherung sowie das Hinterbliebenengesetz vom 19. Juli 1911 sind sofort in auszubauen, daß sie den heutigen Verhältnissen wenigstens annähernd entsprechen. Um dies durchzuführen, wird gefordert, einen einmaligen größeren Betrag zu bewilligen sowie den jährlichen Reichszuschuß so zu erhöhen, damit für Millionen deutscher Staatsbürger im neuen Freistaate endlich das geschieht, was für Beamte, Lehrer usw. seit Jahrzehnten schon als selbstverständlich galt.“

Als besonders vordringliche Punkte, welche schleunigst den veränderten Zeitverhältnissen anzupassen sind, nennen wir:

1. Die obengenannten Versicherungsgesetze sind auf alle Arbeitnehmer (Handarbeiter, Feldarbeiter, kaufmännische Angestellte, Privatbeamte, Privatgelehrte, Rechtsanwält, Ärzte usw.) auszuwenden.
2. Am in Ziffer 1 eine Einheitlichkeit zu bringen, ist die Angestelltenversicherung aufzulösen und in die Invaliden- und Altersversicherung überzuführen; ein beide Teile befriedigender Ausweg wird aus Gründen der Rentabilität gefunden werden, da die organische Verbindung der beiden Versicherungsarten im wohlverstandenen Interesse der Angestellten in selbst liegt.
3. Die Rente für den Versicherten ist so zu bemessen, daß sie als wirtschaftspolitisch gelten kann und das

Existenzminimum erreicht; eine Forderung, die bei Beamten schon längst als selbstverständlich anerkannt wird. Dabei ist zu beachten, daß die Altersrente keine größere Erhöhung bedarf, da diese Rentner ja noch in Arbeit stehen.

4. Die Altersgrenze für Erlangung der Altersrente ist auf 60 Jahre festzusetzen.
5. Daneben fordern wir eine wirksame Wohnungsfürsorge, den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen entsprechend.
6. Die Forderung der in Ziffer 1—5 geforderten Reformen ist auf folgende Art durchzuführen:
Die Klassen der Beitragsmarken sind zu vermehren, z. B. von 5 auf 20, und die Versicherten haben Märkte in dem Werke zu leben, der ihrem Arbeitsverdienst entspricht.

Durch das Verschmelzen der beiden fast gleichartigen sozialen Versicherungswesen (Angestellten- und Invalidenversicherung) lassen sich durch Aufhebung des doppelten Verwaltungsapparates bedeutende Ersparnisse erzielen, die dann wieder den Versicherten zugute kommen.

Der laufende Reichtzuschuß muß so erhöht werden, daß er den eintretenden Gehelntwurf vollständig deckt. Es darf nicht wie bisher der Fall sein, daß das Reich für Beamte, also einen kleinen Teil der Bevölkerung, Millionen aus Mitteln der Steuerzahler verwendet, während es in Vertretung jedweder Sozialpolitik für den größten Teil der Volksgenossen kein Geld zur Verfügung hat.

Der einmalige große Betrag muß zum Ausgleich aller bei der Reorganisierung entstehenden finanziellen Schwierigkeiten, wie z. B. Herabsetzung der Altersgrenze, Erlassen aller Arbeitnehmer (geistige wie Handarbeiter usw.), dienen. Denn es muß mit Nachdruck gefordert werden, daß der Ausbau der sozialen Gesetze diesmal ein gründlicher und den sozial veränderten Zeitverhältnissen angepaßter wird. Es darf kein Fiktionwerk, sondern muß ganze Arbeit sein.

Die Sozialisierung der Spolien und des Arbeitswesens sowie sämtlicher privater Versicherungsgesellschaften, wie Lebensversicherungen, ist deshalb in Erwägung zu ziehen, um auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung finanziell und politikwirtschaftlich vorbildlich arbeiten zu können. Nürnberg. W. K.

□ □ □ Volkswirtschaft □ □ □

„Freiheit“ oder „Zwang“
Die Anhänger der ehemaligen „bewährten Wirtschaftsordnung“, die wir als die privatkapitalistische Ausbeutung aller menschlichen Sozialarbeit bezeichnen müssen, sind gegenwärtig rühriger als je am Werk, ihre alte Herrschaft im Zeichen eines möglichst ungehinderten „freien Spiels der Kräfte“ auf neuer Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse wieder aufzurichten. Unter der scheinheiligen Parole eines Kampfes gegen jede Zwangs-Wirtschaft wollen sie der „freien“ Wirtschaft wieder eine Gasse brechen. Das ganze Gunst- und Unternehmertum in Landwirtschaft, Handel und Industrie bildet eine geschlossene Kampflinie gegen den revolutionären Welt der neuen Zeit, gegen den Sozialismus. Und die Arbeiterklasse, hat sich in gleicher Einheitsfront in millionenfacher Überlegenheit dagegen zu stemmen, zerstreut sich in parteipolitischen Saarpatzereien, glaubt damit ihrer Besiegung zu blicken und sieht sich doch durch diesen elenden Bruderkrieg nur der Gefahr aus, um so fester und länger in neue, unerträglichere wirtschaftliche Systeme geschmiebelt zu werden.

Die Periode der privatkapitalistischen Entwicklung vor dem Kriege hat als angeblich freie Wirtschaft die hals- und blutgeschwängerte Atmosphäre des jahrelangen Weltkriegs geschaffen. Verlaßt und Ausgang dieser blutigen aller Menschheitskatastrophen haben bewiesen, daß die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung für auf neun Zehnel aller Menschen nur Not, Anechtlichkeit und Elend bedeutet, daß sie sich nur für etwa ein Zehntel „bewährt“ hat, indem sie diesen die Freiheit gab, zu leben und zu herrschen wie Fürsten mit oder ohne Kronen auf Grund des von ihnen aus der menschlichen Arbeit erpressten Mehrwerts. Schwach und lachendürr waren die moralischen oder geistlichen Hindernisse, die die Freiheit zügelloser wirtschaftlicher Ausbeutung aller materiellen und geistigen Schätze zu beschränken suchten. Historische Rechte und Mächte waren denkbar zur Ausbeutung und Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte. Erst das Aufstehen des Weltkriegs zeigte die innere Schwäche und Kulturwidrigkeit der angeblich bewährten Wirtschaftsordnung und zerrt deren Schleier, hinter dessen Falten sich ein menschenfeindlicher, naderer und brutaler Materialismus in der Form eines nationalen wie internationalen Zwanges zu harter Arbeit und kümmerlicher Lebenshaltung für unzählige Millionen von Menschen beiderlei Geschlechts verbarg. Der Weltkrieg zerrt das verkehrte Bild des Kapitalismus und seiner Saiten in allen Klassen und Zonen des Erdballs, besonders aber in Deutschland.

Die wirtschaftliche Freiheit von ehemals, die sich nur auf eine äußerst geringe Minderheit beschränkte und infolgedessen eine Zwangs-wirtschaft für die übergroße Mehrzahl aller Menschen war, soll nun im Geiste der Revolution durch eine wirtschaftliche Gleichberechtigung aller arbeitsfähigen und arbeitsbereiten Menschen ersetzt werden. Das bedeutet weltgenötigte Befreiung der erdrückenden Mehrheit aller menschlichen Arbeitskräfte von den Fesseln unmoralischer, privatkapitalistischer Ausbeutung durch eine möglichst konsequent durchgeführte Sozialisierung der

Gewinnung und Erzeugung aller menschlichen Bedarfsartikel, soweit dazu die besondere Anwendung menschlicher Arbeitskraft erforderlich ist. Das bedeutet aber auch Beschränkung oder Befreiung der bisherigen privatkapitalistischen Unternehmer in Landwirtschaft, Industrie und Handel von ihren einseitigen und kulturwidrigen Vorrechten. Für sie wird dadurch Zwang, was sie in der alten „bewährten“ Wirtschaftsordnung als vorbildliche Freiheit schätzten und jetzt noch hochhalten oder wieder zu erobert suchen. So wird durch den Geist der Revolution aus der Freiheit von ehemals ein Zwang der Zukunft und aus dem Zwange von ehemals die Freiheit der Zukunft, und zwar nur deshalb, weil alle daran teilnehmen sollen und wollen.

Ehe wir diese Freiheit der Zukunft näher ins Auge fassen, wollen wir jene der Vergangenheit noch etwas unter die Lupe nehmen. Diese wirtschaftliche Freiheit der Vergangenheit, die wir in der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung kennen lernen, die zum großen Teil auch jetzt noch auf uns lastet, hat nicht von jeher gebrillt. Sie wurde erst nach und nach eingeführt, wie sie auch durch die sozialistische Wirtschaftsordnung erst nach und nach ersetzt werden wird und muß. Sie stütze sich auf den sogenannten freien Wettbewerb, Bauern, Fabrikanten und Händler sollten unter der Herrschaft der freien Wirtschaftsordnung das Recht und die Freiheit haben, zu tun und zu lassen, was ihnen am nützlichsten erschien. Man glaubte, ihr Nutzen decke sich mit dem Nutzen aller Volks- und Zeitgenossen, weshalb sie ihre Tätigkeit schon so einrichten würden, daß dabei das Wohl aller am besten gewahrt sein würde. Das „freie Spiel der Kräfte“, getragen von Unternehmungslust und „höflichstem“ Kaufmannsgeist, sollte Wunder der Kultur und des allgemeinen Wohlstandes schaffen; ja war der Glaube und die Hoffnung. Die Erfüllung und das Ende dieser Hoffnung waren aber der Weltkrieg, der Zusammenbruch und die Revolution, weil, je höher die „Kultur“ und der „Wohlstand“ stieg, um so größer die sozialen Gegensätze wurden, und zwar sowohl nach innen im eigenen Volk wie nach außen im Verhältnis zu andern Völkern oder „Konkurrenten“.

Das wohlverstandene Interesse der Allgemeinheit schrempfte unter der Herrschaft des freien Spiels der Kräfte zu einem egoistischen Nudenschüssel zusammen, dessen Brut eine sehr zwangsläufige Produktivität entwickelte. Ihre Träger fühlten sich in ihrer Mehrheit nicht als Bewusstseins der Allgemeinheit, sondern mehr und mehr als Wähler und Käufer ergebener Geldmehrwerte. Das Wort „Verdienen“ wurde von ihnen immer größer geschrieben und das Wort produzieren immer kleiner. Ein möglichst hoher Reingewinn wurde der Höhe der ganzen bewährten Wirtschaftsordnung. Er brachte im höchsten Maße, wenn die Nachfrage das Angebot an Waren überstieg, Selbige Güter wurden wieder ins Wasser geworfen, weil geringere Mengen höhere Preise brachten. Schiffsladungen von Getreide, Reis, Kaffee wurden versenkt, damit der Weltmarkt nicht überfüllt wurde und der Preis hochgehalten werden konnte. Später wurde die freie Wirtschaft weniger „verschwendlich“, sie wurde etwas stiller; die Produktion paßte sich dem „Bedarf“ an; aber nicht in dem Sinne, daß erzeugt wurde, was die meisten Menschen brauchen konnten, sondern nur was sie kaufen konnten; wer die Waren zu dem angelegten Preise nicht kaufen konnte, nun der mußte es eben bleiben lassen. Nicht das Bedürfnis der Mehrheit war entscheidend, sondern das Vertriebsbedürfnis der Minderheit oder der wenigen Anhänger der „freien und bewährten“ Wirtschaftsordnung, Patentwirtschaft, Kartelle, Syndikate, Trusts usw. sind ihre Lieblingskinder geworden; stamm, roßbaldig, goldstrotzend usw. War der Unionsmarkt abgegrast oder nicht mehr so lukrativ, so wurde das Ausland „erobert“, wenn es auch auf Kosten der deutschen menschlichen Arbeitskräfte geschah. In Deutschland gewonnenen Kohlen und Erze wurden im Auslande trotz der hohen Frachtkosten zum Teil billiger verkauft als in Deutschland selbst. Und für uns Buchdrucker mag es erhebend sein, daß man von Paris und London in Deutschland gedruckte Bücher billiger beziehen konnte als in Leipzig oder Stuttgart. Die „Eroberung“ des Weltmarktes rückwärts dies; wenn auch ob dieser Schmutzkonkurrenz das deutsche Ansehen in ausländischen Unternehmern wie Arbeiterkreisen immer tiefer sank. Die Ähnlichkeit deutschen Wagemuts und Unternehmungsgelstes war eben grenzenlos und unübertrieben. Der deutsche Arbeiter wurde immer fleißiger und fleißiger; er arbeitete gut und billig. Das „Made in Germany“ besiegelte seinen Welttriumph, machte aber weder ihn noch seinen „Arbeitsgeber“ bestiebter oder aufrechter. Das Gegenstück dieser solchen Rechnung deutschen Unternehmungsgelstes sehen wir in den kapitalistischen Friedensbedingungen, die weit mehr der früheren bewährten freien und deutschen Wirtschaftsordnung zugute geschrieben werden müssen als dem Geiste der neuen Zeit, der diesem System ein tausendfach verdientes und gründliches Ende bereiten will.

Nicht Monate Revolutionszeit sind nun schon ins Land gegangen. Der politische Meinungskampf nähert sich unverkennbar einer gewissen Erschlaffung. Selbst der Kampf um die Friedensbedingungen ist nur noch insofern politisch, als er sich um nationale Massenprobleme dreht. Der Schwerpunkt aller Gegenwartsfragen verchiebt sich mehr und mehr auf rein wirtschaftliches Gebiet. Die Ernährungs- und Preiswürdigkeiten in Verbindung mit den Lohnfragen sind Bewusstseinserscheinungen einer mit wirtschaftlicher Ecktzigkeit bis zur höchsten Spannung geladenen Atmosphäre. Aus dem vor Monaten und Wochen noch sehr unklaren Sozialismusideenkomplex treten immer deutlicher ernsthafte Forderungen eines endlichen Überganges von Worten zu Taten hervor. Aus der Hochflut der geistigen Unterforschungen dieses Problems aller

Probleme schält sich deutlicher die Einsicht in immer weiteren Kreisen heraus, daß, je näher wir dem Ende der eigentlichen Friedensverhandlungen kommen und sich die Möglichkeiten zukünftiger Friedensbedingungen für das deutsche Volk so oder so zu klären beginnen, auch die Frage einer neuen und besseren zukünftigen Wirtschaftsform eine definitive Entscheidung von maßgebender Stelle aus, d. h. von der Reichsregierung, erfordert.

Das Reichswirtschaftsministerium, an dessen Spitze der frühere Metallarbeiter Rudolf Wiffelt steht, hat in seiner Denkschrift ein diesbezügliches Programm aufgestellt, dessen Hauptkern eine gebundene Planwirtschaft, als Mittel- und Zwischenglied freier und zwangloser Wirtschaft, darstellt. Kurz zusammengefaßt wird in dieser Denkschrift b. h. eingeleitet, daß jeder Industriezweig zu einem Selbstverwaltungskörper der Arbeiter und Unternehmer unter Aufsicht des Staatsorgans zusammengeführt wird. Dadurch soll Einseitigkeit und Planmäßigkeit in der Führung jedes Wirtschaftszweiges erreicht werden. Das Reich soll jederzeit die Möglichkeit haben, die Herstellung bestimmter Produkte nach Menge und Art vorzuschreiben, die Verwendung bestimmter Rohstoffe zu regeln, die Erzeugung anderer Waren oder die Verflechtung von Rohstoffen zu unproduktiven Zwecken oder Luxusgegenständen zu verhindern. Diese planmäßige Ordnung und Bindung der Wirtschaft bietet die einzige Möglichkeit, Deutschland wieder aufzurichten. Aus Wirtschaftskräften der einzelnen Orte und Berufszweige soll sich der Reichswirtschaftsrat ergänzen, der zusammen mit dem Reichswirtschaftsministerium die ganze deutsche Wirtschaft leitet. Im obersten Reichsbehörden kann es dann nur noch geben den Präsidenten des Kabinetts, den Minister des Äußeren, den Wirtschaftsminister, den Justizminister, den Minister des Innern, den Minister der Finanzen und dann eben den Reichswirtschaftsminister, der alle Wirtschaftsfragen in seiner Hand zusammenfaßt und dem alle Einzelabteilungen, auch die Ernährungsfragen und die Arbeiterfragen, unterstellt sind.

Es handelt sich hier um ein großzügiges Programm, das in wesentlichen Gegensätze zu dem früheren „freien Spiel der Kräfte“ steht. Die ganze Kapitalistenklasse lamt allen „ehrbaren“ Kaufmännern Mühen schon Sturm dagegen, ihre Drachtgeber aus dem von einer Professorenanstalt zur andern, drohen mit Generalstreik, selbst böh Minister- und Kabinettkrisen, schäumen über von Freiheitsdrang, schreiben föhlichen Maß gegen jeden Zwang, der ihnen auch nur um ein Haar ihren „Unternehmensgeist“, die Freiheit des „Handels“ und des Schacherns mit der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit der Arbeiterschaft zu kürzen droht. Die Empörung ist betenkenswert. Die Unternehmer, Arbeiter, Kaufmanns-, Schleber- und Geschäftsbüchlerkreise über die Wirtschaftliche neue Planwirtschaft ist so groß, daß sie auch nicht größer sein könnte, wenn er die sofortige durchgreifende Sozialisierung fordern würde. Das Wiffelt dies noch nicht getan, ist angelehnt der unglückseligen Verspottung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft zwar verständlich, wenn auch nicht erstrecht. Wir beurteilen die neue Planwirtschaft nur als eine Übergangsform zu besseren wirtschaftlichen Zuständen in der Zukunft und hoffen, daß der vorliegende Entwurf im Interesse der Arbeiterschaft wie der gesamten Volkswirtschaft noch wesentlich verbessert wird, worüber ihn einzelnen in einem zweiten Aufsatz noch manches zu sagen sein wird.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Chemnitz. Ihre Mitgliedschaft veranlaßte am 25. Mai in der Aula des Reformationsmuseums eine in jeder Beziehung würdig verlaufene Gedächtnisfeier für ihre im Weltkriege gefallenen Mitglieder. Außer der hiesigen Kollegenschaft waren dazu die Hinterbliebenen der Gefallenen sowie zahlreiche Vertreter der hiesigen Prinzipalität und verschiedener Behörden erschienen. Mit einem von Herrn Lippmann bezeichnend gehaltenen Präliminar über die Feier eingeleitet. Dann folgte eine vom Gewandorchester „Gutenbergs“ vorzüglich gelungene Motette, Gräfin Roßberg brachte darauf einen von Willi Claus verfassten Prolog ergreifend zum Vortrag. Am Mittelpunkt der ganzen Veranstaltung stand die eindrucksvolle Gedächtnisrede des Kollegen Helmholz (Weipzig). Er wies darin hin auf das viele Verzeleb, das der unersetzliche Krieg im Gefolge gehabt habe, und gebachte darin der Verluste des Verbandes, aus dessen Reihen der Tod nahezu 8000 Kollegen verfallen habe. Sie alle hätten teilgenommen an den Bestrebungen zur Hebung ihres Berufs und an der Schaffung eines festen Rückhalts gegen die Gefahren des Lebens, besonders gedachte Redner unfers gefallenen Gewandorchester Kollegen Oswald Grabe und dessen Wirksamkeit für die kollegiale Sache. Allen Verewigten tief er den Dank des Verbandes in ihr köhliches Grab nach. Dann sprach er weiter über den Zusammenbruch Deutschlands, über den Neuaufbau und die damit im Zusammenhang stehenden sozialen Aufgaben der Arbeiterbewegung. Die Entwicklung in richtigem Sinne beeinflussen zu wollen und das gemeinnützige Werk in aller Kraft zu erhalten, solle das Ziel sein in dieser ersten Stunde sein. Zwei stimmungsreiche Vorträge für Klaber, Gelge und Celso, und Dürrners „Sturmbewehrung“, prächtig vom „Gutenbergs“ gelungen, beendeten die erinnerungswürdige Feier. Die Mitgliedschaft Chemnitz verlor im Weltkrieg 73 Mitglieder, eine Anzahl gilt noch als vermisst. Per aus einem Wettbewerb des hiesigen Typographischen Clubs hervorgegangene Entwurf zum Programm ist als eine ausgezeichnete Leistung zu bezeichnen.

hr. Frankfurt a. M. (Situationsbericht.) In einer kurzbehaltenen Bezirksversammlung am 7. Mai nahm unser Bezirk Stellung zur Tarifausschüßung. Kollege Nepeck

ging auf die einzelnen Tagesordnungspunkte ein und stellte am Schluß seiner Ausführungen Vorschläge auf, die von der Versammlung aufgenommen und unser Vertreter mit auf den Weg gegeben wurden. Ferner wurde in der Versammlung einstimmig beschlossen, angelehnt der in den letzten Wochen enorm verkehrten Lebenshaltung an die Arbeitgeber mit der Forderung herauszutreten, die Steuerungsfrage mit sofortiger Wirkung um wöchentlich 30 Mk. zu erhöhen. In einer Versammlung am Freitag des 5. Mai (Mittwoch) sollte über das Resultat der sofort eingeleiteten örtlichen Verhandlungen Bericht erstattet werden. Da sich jedoch die Verhandlungen im Laufe des Vormittags nicht erndglichen ließen, wurde der Auslandsämlicher graphischer Arbeiter beschlossen. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde auf dem Verhandlungsweg eine Einigung dahin gehend erzielt, daß die männlichen Arbeiter eine einmalige Zulage von 60 Mk. und die weiblichen eine solche von 40 Mk. erhalten. Dienstag, 6. Mai, wurde mittags die Arbeit wieder aufgenommen. Aber eine eventuelle Ausrechnung der gewährten Zulagen soll nötigenfalls nach Abschluß der Tarifausschüßung nochmals verhandelt werden. — In der Bezirksversammlung am 27. Mai wurden zunächst noch einigen Mitteilungen unter „Gesellschaftlich“ 29 Neu- und Wiederanmeldungen und zwei Ausstellungen erledigt. Unter Punkt 3 referierte Kollege Dornis über die Gewerkschaftenkonten, während anschließend hieran Kollege Nepeck die Versammlung ein gelreues Bild über die Tarifausschüßverhandlungen vor Augen führte. In der Diskussion wurde von ständischen Rednern die besondere Schwierigkeit der diesmaligen Verhandlungen anerkannt. Die tarifliche Festlegung der Ferien besonders wurde als ein großer Schritt vorwärts bezeichnet, wenn auch die materiellen Erfolge nicht ganz den Erwartungen der Gewerkschaft entsprechen. Die Finanzfrage wühlte sich erwartungsvoll hierin wesentliche Verbesserungen bei der kommenden Tarifrevision. Mit Rücksicht darauf, daß die Zustimmung zum Schiedspruch noch nicht vorlag, wurde von einer Entschließung abgesehen. Nach einem Schlußwort der Kollegen Dornis und Nepeck wurde die Versammlung geschlossen.

Kannau i. Schl. In der am 3. Juni abgehaltenen Ortsvereinsversammlung wurde über die am 22. Juni hier selbst stattfindende Bezirksversammlung und über die Veranstaltung eines Johannistages im Monat Juli beraten. Um Simeelsfeierlichkeiten unternehmen die Kollegen eine Wagenpartie nach dem Gröblichberge. Die Firma Kannauer Druckerel, G. m. b. H. („Kannauer Nachrichten“), gabte am 17. Mai ihrem Personal eine Entschuldigungssumme nach den Köhnen, wie sie vom „Kannauer Stadtblatt“ hermitläßt wurden.

Silbesheim. Die am 26. Mai nach dem „Gewerkschaftshaus“ einberufene Versammlung verlief sehr gut besucht. Vorherigen Freustel berichtete eingehend über die Berliner Tagungen und über die Bezirksvorsitzerkontenring in Hannover; leider lag noch keine Bestätigung des Schiedspruchs vor. Die Versammlung nahm die Darlegungen mit Interesse entgegen und stellte sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse. Unter „Verchiedenen“ wurde die Vergebung der vom Magistrat herausgegebenen Propaganda-Zeitschrift „Silbesheim“ an die Braunschweiger Firma Weiskern zur Sprache gebracht. Die sehr erregt verlaufene Debatte ließ eine Profellundgebung der Gewerkschaft an den Magistrat einleiten, da auch das graphische Gewerbe hier in Silbesheim aufnahmefähig und Drang nach künstlerischer Fortbildung zeige.

Wien. In überfüllter Versammlung berichteten die Kollegen Bertram und Albrecht über die Gewerkschafterkontenring und die Sitzung des Tarifausschusses. Wiberprüfungs wurde der Bericht über die Tagung der Gewerkschafter entgegengenommen. Der Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses lief vielfach Unmut hervor. Dieser Unmut fand seinen Höhepunkt bei dem Bericht über den Versuch der Prinzipale, für die Gehilfen im besetzten Gebiete besondere Abmachungen zu treffen. In der Aussprache wurde dieser Versuch als ein Verharmloß bezeichnet, was der rheinischen Bevölkerung und besonders der rheinischen Arbeiterschaft in Aussicht setze, wenn der landesvergesellschaftete Plan einer kleinen Gruppe auf Lösung der Rheinlande vom Reich verwirklicht werde. Das Angebot der Prinzipale auf Erhöhung der Zulage von wöchentlich 8 bis 10 Mk. bedeutete eine Verhöhung der Gehilfenschaft. Die Rücktrittsnahme auf die durch das Friedensangebot herbeigeführten unfidieren Verhältnisse betraute die Versammlung, den Schiedspruch trotz der Wertlosigkeit des Gebotenen anzunehmen. Stimmlichen Bewilligt lief die Erklärung des Vorstehenden Mäts herpor, die besagte, daß auch die Buchdruckergehilfen mit der Gesamtarbeiterschaft alles unternehmen werde, um die Einheit des Reiches zu sichern und Lösungsbestrebungen zu verbinden. Nur die Unklarheit der Parole habe verführt, daß ein Teil der Köhner Buchdrucker den Sabtagsgeneralstreik am 27. Mai nicht mitmachte.

Reife. In der am 27. Mai hier abgehaltenen allgemeinen Buchdrucker- und Verleger- und Verlags-Verkehrer (Breslau) eingehend Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses. Er wies besonders auf den inzwischen von beiden Parteien angenommenen Schiedspruch hin. In der Diskussion wurde die Staffung der Zulagen und die Ferienfrage kritisiert. Die anwesenden Kollegen erklärten sich schließlich mit dem Erreichten einverstanden und gaben der Forderung Ausdruck, daß der Schiedspruch voll und ganz in Reife durchgeführt werden möge.

Stallpöden (Mpr.). Der Ruf nach Zusammenschluß ist nun auch in unserer, im äußersten Norden gelegenen

Freisitzlichen nicht ungehört verhallt. Eine am 22. Mai durch Kollegen Paul einberufene Versammlung der am Orte konstituierenden Gehilfen führte zur Gründung eines Ortsvereins, dem sich 16 Mitglieder anschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Paul und zum Kassierer Kollege Sonat gewählt. Mögen die Gefahren, die dieses neue Reich des Verbandes von außen bedrohen, glücklicherweise abgewendet und das Werk durch erfolgreiche Arbeit gefördert werden!

□ □ □ Rundschau □ □ □

Buchdrucker im Kommunaldienst. In Königsberg (Ostpreußen): Hermann Reinsner als besoldeter Arbeiterel und Stadtordnener. — In Gorkau (Schlesien): Arthur Schiller als Stadtvorordener und Kreistagsabgeordneter. — In Waldsee (Magd.): Joseph Ehrhart als Mitglied des Stadtrats. — In Schwerin (Mecklenburg): Hermann Reimann als besoldeter Senator. — In Mannheim: Ernst Kraft. — In Heidelberg: Franz Sellig und Karl Schneider als Stadtvorordener, Emil Meier und Karl Rausch als Stadträte. — In Kairo (Württemberg): Bruno May.

Buchdrucker im Gerichtsdienskt. In Königsberg (Ostpreußen) wurde Kollege M. Wittenberg für das Jahr 1919 zum Hauptkassierer ausgestellt.

Unfall. Zu dem in Nr. 62 des „Norr.“ gemeldeten Unfall eines Münchener Buchdruckerelbibersferfabren wird nachträglich, daß es sich um den früheren Drucker der „Münchener Post“ und des an Dieb (Stuttgart) verkauften „Süddeutschen Postillon“, Maximilian Ernst, handelt. Ernst war früher in der Arbeiterbewegung hervorragend tätig und ist gegenwärtig bürgerlicher Magistratsrat in München, gehört aber heute noch unserer Organisation an. Namentlich die älteren Kollegen Münchens bedauern das Mißgeschick eines ihrer Ältesten sehr.

Schmuthkontenring oder Unfähigkeit zum Kalkulieren? „Das Gewerbe kann eine neue Belastung nicht ertragen!“ So und ähnlich lauten die Argumente, mit denen unsre Prinzipale immer und immer wieder ihrer Abneigung gegen, eine Erhöhung der Steuerungszulagen Luft machen. Wenn man sich dieser Worte, die besonders in der letzten Tagung des Tarifausschusses eine hervorragende Rolle spielten, erinnert, so findet man es unergründlich, daß seitens einer Firma eine Druckfabrik, deren Preis von anderer Seite mit 6000 Mk. kalkuliert worden war, mit 1385 Mk. berechnet werden konnte. So geschah es bei der Vergebung der Drucklegung des köhlichen Haushaltes in Oberursel. Die beiden dortigen Druckereien hatten 6000 bzw. 4400 Mk. gefordert, während eine Limburger Firma 1365 Mk. für 100 Exemplare verlangte. Leider erhielt auch in diesem Falle wieder die billigste Druckerei den Zuschlag. Wir sind nicht boshaft genug, um an diesem heissen Beispiel etwa die übertriebene Bescheidenheit der Gewerkschaft im allgemeinen beweisen zu wollen. Aber angelehnt derartiger Submissionsbitten, wie wir sie wiederholt zu beachtlichen Gelegenheiten hatten, muß man sich unwillkürlich fragen: Gibt es denn überhaupt einen Druckprellehrer?

Einbruch in eine Druckerei. Vor kurzem stahlen der Druckerei des köhlichen Merkur“ in Zweibrücken Einbrecher einen köhlichen Behälter ab. Eingestiegen durch ein Oberfenster, öffneten und zertrümmerten sie mit Dietrichen und Stemmeln die Schubladen in den verschiedenen Bureaus, ohne jedoch eine nennenswerte Beute zu machen. Die Beute konnten bisher nicht ermittelt werden.

Tobeltscht gegen einen Redakteur. Nach einer Veranlassung der Transportarbeiter in Preußisch-Polland drang eine Kolte von jungen Leuten in die Redaktion des „Oberländer Volksblattes“, holte den Redakteur heraus, lud ihn auf eine Schuttlarre und lud ihn nach dem Mählgraben, wo er mit Hand und Fuß ins Wasser gestürzt wurde. Mählgraben konnte der Mählhandelte gleich einem Beigeordneten der Stadtverwaltung, dem dasselbe Schicksal befallen war, von seinen Angehörigen in Sicherheit gebracht werden.

Ausstellung des graphischen Gewerbes. In Amsterdam findet im Sommer dieses Jahres eine Reichs- und graphische Ausstellung statt, die den Namen „Reclamac eine grafische Arebid Tentoonstelling Amsterdam“ (Negata) führt. Da zu dieser Ausstellung auch ausländische Firmen zugelassen werden, so ist dem deutschen graphischen Gewerbe zum ersten Male nach dem Kriege wieder Gelegenheit gegeben, seine Erzeugnisse im Ausland zu zeigen.

Brechfreiheit in der neuen Reichsverfassung. Artikel 11 der neuen Reichsverfassung besagt nach der im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung angenommenen Fassung, daß jeder Deutsche berechtigt ist, durch Wort, Schrift, Druck oder Bild seine Meinung innerhalb der Schranken der guten Sitten und der allgemeinen Gesetze frei zu äußern. Kein Arbeits- und Anstellungsverhältnis darf ihn an diesem Rechte hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Eine Zensur findet nicht statt, doch können reichsgesetzliche Bestimmungen getroffen werden, nach denen unter Hinsichtigung von Personen, die auf dem Gebiete der Volkserziehung und Kunst erfahren sind, Verbote über verhängliche Vorführungen in Lichtspielstätten zulässig sein können.

Von den Berliner Böhren. Aber das Lebensbedürfnis der Berliner erfahren wir, daß die Berliner Stadtbibliothek nach den amtlichen Aufzeichnungen im letzten Rechnungsjahre 178095 Bücher verliehen hat. Den Lesesaal benutzten 61392 Personen, darunter 7011 Frauen.

